

**Antworten auf unsere Fragen an die Stadtratskandidierenden am
26.05.2019
(Auszug aus dem Anger-Crottendorfer Anzeiger Ausgabe 6, Frühjahr/
Sommer 2019)**

Wer kann Anger-Crottendorf im Stadtrat vertreten?

Im Vorfeld der Stadtratswahl haben wir Parteien angeschrieben und an die Kandidierenden Fragen gestellt. Dabei geht es uns um Themen, die unseren Stadtteil betreffen. Das ist auch der Schwerpunkt unserer Frühlingsausgabe des Anger-Crottendorfer Anzeigers. Wir stellen die Antworten nach Themen geordnet vor. Die Kandidierenden erscheinen als Personen in alphabetischer Reihenfolge.

Verkehr: Wir stellten folgende Fragen:

Wie ist Ihre Position zur Planung des „Mittleren Rings“, der in Anger-Crottendorf den Stünzer Park tangieren soll?

Welche Verbesserungen möchten Sie für den ÖPNV in Anger-Crottendorf erreichen?

Welche Ideen haben Sie, um ordnungswidriges Parken im Stadtteil einzudämmen?

Viele, die ein Auto haben, beklagen den Mangel an Parkraum. Wie positionieren Sie sich dazu?

Lucas Allenborn (CDU):

Die Notwendigkeit der Schließung des mittleren Rings im Osten ist stark umstritten und auch ich sehe sie nicht zuletzt aufgrund der hohen Kosten als derzeit nicht gegeben. Dieses Geld sehe ich, investiert im Ausbau von Kitas und Schulen sowie einem verstärkten ÖPNV besser verwendet.

Um die Verbesserung der Lebensqualität zu erreichen und die Umwelt zu entlasten, muss der ÖPNV stetig ausgebaut werden. Der CDU Ortsverband hat bereits seit über zehn Jahren immer wieder darauf gedrungen mit einer Quartiersbuslinie, ähnlich wie die Linie 77 Stünz-Schönefeld einen besseren Anschluss der Wohnquartiere zu erreichen.

Um Falschparkern Einhalt gebieten zu können müssen in stark betroffenen Gebieten die Kontrollen verschärft werden. Insbesondere würde ich hier eine Initiative bei den Wohnungsgenossenschaften erreichen wollen, dass diese den Bau eines Parkhauses ähnlich wie in Mockau umsetzen. Hier habe ich insbesondere den Bereich der neuen Quartiersschule im Blick.

Beate Ehms (DIE LINKE):

Der Mittlere Ring führt in der Planung durch teilweise dicht besiedeltes Gebiet und auch durch Grünflächen. Hier gilt es verschiedene Interessen abzuwägen. Nach meinem bisherigen Kenntnisstand sollte die Bahnvariante favorisiert werden.

Das Busnetz sollte ausgebaut werden, damit Einwohner*innen sich ohne Pkw in der Stadt bewegen können. Grundsätzlich soll ein ÖPNV kurze und sichere Wege und kleine Preise beinhalten. Eine Quartiersbuslinie könnte eine sinnvolle Alternative sein.

Die Einwohner*innen ermuntern wir dazu, ihren Pkw abzuschaffen und auf den ÖPNV umzusteigen. „park and ride“ sollte eine Alternative für auswärtige Besucher*innen sein.

Die Einwohner*innen ermuntern wir dazu, ihren Pkw abzuschaffen und auf den ÖPNV und das Rad umzusteigen. Platz ist nun einmal begrenzt. Den Bau von Parkhäusern lehnen wir ab.

Antje Feichtinger und Thomas Pohl (SPD):

Wir streben eine Lösung mit allen Akteuren an. Der Verkehr darf nicht verschoben und Park- oder Quartiersräume zerschnitten werden. Mit der Stärkung von ÖPNV und Radverkehr werden wir die Straßen entlasten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Linie 77 als Quartiersbus nach Anger-Crottendorf weitergeführt wird. Langfristig setzt sich die SPD dafür ein, das Straßenbahnnetz fit zu machen und plant dazu die Ausweitung des 10 Minuten-Taktes bis 21.00 Uhr, eine neue Straßenbahnstecke nach Mölkau sowie die Sanierung der Langsamfahrstrecken.

Parkraum wird nur begrenzt zur Verfügung stehen können. Eine umsetzbare und ausgewogene Lösung sollte verstärktes Anwohnerparken, Förderung von Quartiersgaragen und besseren Nahverkehr einbeziehen.

Zur Entlastung der engen Straßen brauchen wir öffentliche Quartiersgaragen, ergänzt durch Angebote für Radfahrer und Carsharing, ebenso Anwohnerparken und Kurzzeitparkplätze vor Schulen, öffentlichen Einrichtungen und Geschäften.

Jan-Paul Helbig (Piraten):

Mit einer wachsenden Stadt kommt auch erhöhtes Verkehrsaufkommen auf uns zu. Dies führt unweigerlich in eine Spirale, an deren Ende der Verkehrsinfarkt steht. Es gilt daher, dem beizeiten entgegenzuwirken. Dazu gehören ein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, einhergehend mit einer Taktverdichtung und neuen Streckenführungen. Da nur eine begrenzte Menge Platz am Straßenrand zur Verfügung steht und Grundstücke statt mit Parkhäusern besser mit Wohnhäusern bebaut werden sollten, ist eine Parkraumbewirtschaftung bzw. vorrangiges Anwohnerparken unerlässlich.

Jürgen Kasek und Marcel Pruß (Bündnis 90/Die Grünen):

Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten. Für eine lebenswerte Stadt brauchen wir eine andere Vision als die autogerechte Stadt. Wir Grüne bekennen uns daher zu den Zielen und Maßnahmen des Nachhaltigkeitszenarios. Die Wege zu Bus und Bahn an den Rändern des Stadtteils sind für viele im Viertel weit, ein Quartiersbus eine wichtige Maßnahme für die Zukunft. Für Radfahrende braucht es an den Haltestellen mehr Abstellmöglichkeiten.

Parkplätze sind keine sinnvolle Option für die erstrebenswerte Stadt der kurzen Wege. Vielmehr müssen andere Mobilitätsangebote gestärkt und Kontrollen gegen Falschparker stärker gehandelt werden.

Wir lösen die Park- und Verkehrsprobleme nur durch ein anderes Mobilitätsverhalten derer, die auf das eigene Auto verzichten können und stattdessen auf ÖPNV, Fahrrad oder die eigenen Füße setzen.

Bauen und Wohnen Wir stellen folgende Fragen:

Wie ist Ihre Position zur Baurechtsnovelle 2017 bezogen auf Anger-Crottendorf?

Welche Maßnahmen werden Sie unterstützen um Innenverdichtung und Erhalt von Stadtgrün in Anger-Crottendorf in Einklang zu bringen?

Wie sollte der Bebauungsplan für das Karl-Krause-Gelände (Crottendorfer Plan) modifiziert werden?

Lucas Allenborn (CDU):

Zur Frage nach der Baurechtsnovelle ist mir derzeit keine Aussage möglich, da meine Kompetenzen nicht schwerpunktmäßig auf diesem Gebiet liegen. Hier wäre es sinnvoll mit einem konkreten Beispiel für Anger-Crottendorf diese Frage nachträglich zu beantworten. Anger-Crottendorf sehe ich als lebenswerten und grünen Ortsteil. Allein durch seine Einbettung in Kleingartenanlagen, Stünzer Park und Parkbogen Ost wird es meiner Einschätzung nach zu keiner nennenswerten Innenverdichtung kommen.

[Karl-Krause-Fabrik:] Der Bereich wird durch die Zweinaundorfer- und Theodor-Neubauer-Straße begrenzt. Im Wesentlichen wünsche ich mir bei der Bearbeitung des B-Plans in Abstimmung mit dem Investor eine Fläche für eine dringend notwendige Schwimmhalle. Diese Maßnahme würde auch die oben benannte Quartiersbuslinie flankieren.

Beate Ehms (DIE LINKE):

Die Baurechtsnovelle begrüßen wir, weil sie für innerstädtische Gebiete ein dichteres Wohnen zulässt. Es muss aber darauf geachtet werden, dass Lärmwerte nicht das zulässige Maß überschreiten.

Der Spagat zwischen Wohnbedarf und dem Bedürfnis nach innerstädtischem Grün muss ausgewogen geplant werden. Wohnen ohne grüne Oasen sind nicht erstrebenswert. Häuserlücken können aber auf jeden Fall geschlossen werden.

Die Neuschaffung von Wohnungen bedingt sich wechselseitig mit neuen Arbeitsplätzen. Letzteres war Ausgangspunkt für ein B-Planverfahren [für das Karl-Krause-Gelände]. Beides ist unter dem Aspekt einer wachsenden Stadt denkbar, aber schließt sich auf einem Standort laut Baunutzungsverordnung aus.

Antje Feichtinger und Thomas Pohl (SPD):

Wir unterstützen maßvolle Nachverdichtung und wollen Flächenverschwendung (z.B. Flachbauten) vermeiden, um Grünflächen und Freiräume zu erhalten. Zweckentfremdung von Wohnraum treten wir entgegen.

Wir wollen Straßenbäume wie auch Dach- und Fassadenbegrünung auch baurechtlich vor allem bei Neubauprojekten fördern. Grünanlagen sind von Bauvorhaben auszunehmen und müssen gepflegt werden.

Erstrebenswert sind eine ausgewogene Mischung aus dringend benötigtem bezahlbarem Wohnraum inklusive Mietpreisbindung und die Einrichtung einer Parkanlage mit Zugang zum Parkbogen.

Jan-Paul Helbig (Piraten):

In jedem Stadtteil Leipzig benötigen wir Wohnungen verschiedener Größe und vor allem in ganz unterschiedlichen Preissegmenten. Die Baurechtsnovelle von 2017 sowie Instrumente wie Bebauungspläne und Milieuschutzsatzungen können hierbei hilfreiche Mittel sein, müssen es aber nicht. Auch Nachverdichtung ist an einer Stelle sinnvoll, an anderer eher nachteilig. Es wird daher darauf ankommen, die Einzelfälle zu prüfen und individuelle Lösungen, auch in Zusammenarbeit mit Nachbarn, Anwohnern und Bürgerinitiativen, zu finden.

Jürgen Kasek und Marcel Pruß (Bündnis90/Die Grünen):

Die Einführung von urbanen Gebieten ist ein gesetzlicher Lückenschluss, der den Kommunen mehr Planungsspielraum schafft um Arbeit, Wohnen und Leben miteinander zu verbinden. Das kann auch für AC eine große Chance sein.

Wir wollen Innen- vor Außenentwicklung. Der Erhalt von Bäumen und Grünflächen ist zentrales Ziel. Auch Dach- und Fassadenbegrünung sind sehr effektive Möglichkeiten ein erträgliches, urbanes Mikroklima zu schaffen.

Auch wenn wir dringend Wohnungen benötigen, sollte auf eine Mischung der Nutzung gesetzt werden. Auch Kultur und kleine Werksflächen sollten aufgenommen werden. Die Festlegung auf Loftwohnungen ist problematisch.

Umwelt und öffentlicher Raum Wir stellen folgende Fragen:

Welche Maßnahmen möchten Sie im Stadtrat durchsetzen, die zu mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum beitragen können (Vermüllung, Hundekot)?

Welche Maßnahmen möchten Sie im Stadtrat durchsetzen, die zu mehr innerer Sicherheit im öffentlichen Raum beitragen?

Halten Sie die Renaturierung der Rietschke-Aue für ein erstrebenswertes Ziel?

Möchten Sie den Erhalt des Kleingartenparks Süd-Ost unterstützen oder sollte die Fläche dem Wohnungsbau in unserer wachsenden Stadt zur Verfügung gestellt werden?

Welche Ideen zur Ausgestaltung des Parkbogens Ost werden Sie in den Stadtrat einbringen bzw. unterstützen?

Lucas Allenborn (CDU):

Ich bin ich ganz klar für das Verursacherprinzip; wenn Hundebesitzer die Hinterlassenschaften ihrer Vierbeiner nicht beseitigen, müssen sie eben für die Reinigung aufkommen indem die Hundesteuer erhöht wird. Außerdem sehe ich hier ein Defizit an Mülleimern im öffentlichen Raum und setze mich für eine stärkere Präsenz des Ordnungsdienstes ein.

Hier sehe ich zwei Ansatzpunkte: Einerseits hat der Staat als oberste Polizeibehörde die Pflicht ausreichend Personal und Ausrüstung bereitzustellen. Andererseits muss die Kommune als untere Polizeibehörde über das Ordnungsamt die Verantwortung gegen Verwahrlosung und Vermüllung des Stadtbildes übernehmen. Ich sehe hier eine bessere Bestreifung durch den Stadt-Ordnungsdienst, konsequente Entfernung von Schmierereien und Beklebungen als Schwerpunkt der Maßnahmen.

Der Anstieg des Grundwasserpegels führt immer wieder zu Überschwemmungen bei Starkwetter-Ereignissen. Die Rietschke-Aue ist ein hervorragendes Biotop welches sich historisch durch den Leipziger Osten legt und ist damit auch schützenswert.

Zunächst können Kleingarten-Anlagen in Leipzig auf historische Tradition blicken und sind daher unterstützenswert. Gleichzeitig sehe ich erst bei besonderer Notwendigkeit des Wohnungsbaus insbesondere des sozialen Wohnungsbaus eine Option auf diese Fläche, wobei auch hier ein lohnbarer und ausgeglichener Eingriff vorgenommen werden sollte.

Parkbogen: Hier sehe ich mit Interesse den Ideen der Bürgerinnen und Bürger entgegen, die in Workshops und Gesprächen entstehen und freue mich diese später fördern zu können.

Beate Ehms (DIE LINKE):

Zum einen muss geprüft werden, ob es ausreichend Möglichkeiten der Müllentsorgung gibt und diese an den richtigen Stellen stehen bzw. regelmäßig entleert werden. Es müsste mehr Hundetoiletten geben, damit die Hundebesitzer den Abfall ihres Hundes entsorgen können. Zum anderen soll das Lebensgefühl der Menschen aber auch so sein, dass sie gar nicht erst auf die Idee kommen, die Umwelt zu verdrecken.

An Brennpunkten soll mehr Präsenz durch Polizei gezeigt werden. Evtl. sollte auch wieder ein Polizeirevier Ost eingerichtet werden, dadurch ist ein schnelleres Reagieren der Polizei möglich. Auf Bürgeranliegen soll schnell und unbürokratisch eingegangen werden.

Videoüberwachung und Waffenverbotszonen lehnt DIE LINKE ab.

[Rietzschke:] Ja. Aber sie muss im gesamtstädtischen Kontext und unter Bürgerbeteiligung geplant werden.

Der Kleingartenpark Südost soll erhalten bleiben. Er ist ein wichtiges Element für Erholung und Gesundheit von Alt und Jung.

[Parkbogen:] Die geplanten Fuß- und Radewege sowie Aktivflächen sollen insbesondere die Bedürfnisse von Kindern und älteren Mitmenschen berücksichtigen. Spielplätze mit großem Freiraum für Kreativität und Sportplätze für Senior*innen sind ausreichend zu planen.

Barrierefreiheit ist ein Muss.

Antje Feichtinger und Thomas Pohl (SPD):

Mülleimer und Hundetoiletten dürfen in Parks und öffentlichen Anlagen nicht fehlen.

Ortsnahe Angebote zur Entsorgung müssen öffentlich bereitgestellt werden und vorsätzliche Vermüllung geahndet werden.

Wir setzen uns dafür ein, den Dialog mit Bürger*innenvereinen und den

Quartiersmanagement zu intensivieren. Denn sie kennen die Probleme in den Vierteln am besten. Bestehende Einrichtungen wie der Kriminalpräventive Rat sollen als Austausch über die Kriminalitäts- und Sicherheitslage der Stadt auf die einzelnen Stadtteile erweitert werden.

Unser Ziel ist es, mit den Bürger*innen die Misstände individuell und abgestimmt mit der Stadtpolizeibehörde vor Ort anzugehen

Biotope müssen aus ökologischen Gründen erhalten werden und leisten einen positiven Beitrag zum Mikroklima und zur Lebensqualität in der Stadt. Maßnahmen die sinnvoll erscheinen und mit genügend Hochwasserschutz ausgestattet sind, werden wir unterstützen.

Als Erholungsgebiet und Naturfläche sowie als Teil der Leipziger Kultur muss der Kleingartenpark Süd-Ost erhalten bleiben. Die SPD-Stadtratfraktion forciert stattdessen das Bauprojekt Kiebitzmark in Paunsdorf.

Der Sellerhäuser Viadukt wird mit Fördermitteln zu einem Park mit Radweg umgebaut und rundet so den Parkbogen ab. Kulturelle Angebote in Verbindung mit der Feuerwache Ost beleben das Viertel.

Jan-Paul Helbig (Piraten):

Der öffentliche Raum gehört uns allen, das bedeutet für uns, dass es auch in der

Verantwortung aller liegt, diesen zu pflegen, weise zu nutzen und schonend zu behandeln. Die Stadt kann hier durch den Einsatz von zusätzlichem Personal das Sicherheitsgefühl verbessern und für die Einhaltung des gemeinsamen Miteinanders sorgen.

Die Renaturierung von wichtigen naturnahen Lebensräumen wie dem

Landschaftsschutzgebiet Rietzschke-Aue ist sinnvoll.

Jürgen Kasek und Marcel Pruß (Bündnis90/Die Grünen):

Eine Dreckweg-App wird auf grüne Initiative 2019 eingeführt. Schon heute kann Jede*r Dreckecken an die Stadt melden. Alle sollten Verantwortung übernehmen, sonst passiert nichts.

„Gefährliche Orte“ gilt es zu vermeiden, wenn sie da sind, zu bekämpfen. In der Zweinaundorfer Straße hat sich die Lage nach der Schließung eines Lokales entspannt. Zukünftig bitte schnelles Handeln.

Ja! Grundsätzlich ist jede Renaturierung erstrebenswert! In der Rietzschke-Aue wäre dies ein sinnvoller Beitrag zur mehr Natur- und Umweltschutz in und außerhalb des Kleinods Stünzer Park.

Wir sollten zunächst Baulücken und Brachflächen für Wohnbebauung nutzen. Kleingärten dienen in der wachsenden Stadt der Naherholung, als Frischluftschneise und Lebensraum für viele nützliche Tiere und Insekten.

Die Idee eines Hochradweges oder Hochgartens mit Flaniermeile ist genial und wird – nach dem baldigen Erwerb der Flächen und des Viaduktes durch die Stadt – durch uns Grüne unterstützt.

Ostwache und bürgerschaftliches Engagement Wir stellten folgende Frage:
Wie sollte Ihres Erachtens ein Nachnutzungskonzept der ehemaligen Feuerwache Ost aussehen? Unterstützen Sie die Idee eines Stadtteilzentrums oder haben Sie andere Ideen zum Gelände?

Lucas Allenborn (CDU):

Die Nachnutzung der Feuerwache in Form eines Stadtteilzentrums erachte ich grundsätzlich als gute Idee. Zentrale kulturelle Treffpunkte fehlen in ganz Leipzig und daher könnte ein Stadtteilzentrum zur Verbesserung des gesellschaftlichen Miteinanders führen.

Beate Ehms (DIE LINKE):

Die Feuerwache Ost sollte ein Ort für ALLE sein. Ich kann mir sehr gut ein Nachbarschaftszentrum mit Arbeit, Kultur und Austausch vorstellen.

Antje Feichtinger und Thomas Pohl (SPD):

Die Weiterentwicklung zu einem Stadtteil- und Kulturzentrum mit Kultur- und Bildungsangebote wird ein neues Zusammenwachsen in Anger-Crottendorf ermöglichen und muss von der Stadt gefördert werden.

Jan-Paul Helbig (Piraten):

Sie schrieben in einem Ihrer Vereinsanzeiger, dass Anger-Crottendorf eine Republik sei, die vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger lebe. Dies können wir nur unterstreichen. Wir unterstützen und begrüßen, wenn sich Bürger für ihren Stadtteil stark machen und sich in vielfältigen Projekten engagieren, die zu einem lebenswerten Miteinander beitragen. Hierzu gehören das Nachbarschaftszentrum "Feuerwache Ost", aber auch Konzepte wie der Kleingartenpark oder Ideen für den Parkbogen Ost.

Auch im Rahmen des "Jahres der Demokratie", unter dessen Botschaftern auch unsere Stadträtin Ute Elisabeth Gabelmann war, sind Projekte aus und in Anger-Crottendorf gefördert worden. Diese Kraft wollen wir auch weiterhin unterstützen.

Jürgen Kasek und Marcel Pruß (Bündnis90/Die Grünen):

Wir Grüne unterstützen ein Soziokulturelles Stadtteilzentrum in Anger-Crottendorf und konnten dafür erfolgreich Geld im Haushalt binden.

Schule Wir stellten folgende Frage:
Welche Vorschläge für die Entwicklung der Schullandschaft in Anger-Crottendorf werden Sie in den Stadtrat einbringen bzw. unterstützen?

Lucas Allenborn (CDU):

Grundsätzlich müssen wir die Entwicklung des neuen Schulcampus Ihmelsstraße abwarten. Dieser große Schulstandort wird ein Segen für den Leipziger Osten und insbesondere für Anger-Crottendorf sein.

Beate Ehms (DIE LINKE):

Die Pinkertschule wird eine Zweifelderturnhalle erhalten. Das Großprojekt Ihmelstraße wird sicher auch Schüler*innen aus A-C aufnehmen. Bei zusätzlichem Bedarf muss die Stadt rechtzeitig (!) aktiv werden.

Antje Feichtinger und Thomas Pohl (SPD):

Die SPD-Stadtratsfraktion hat den Bau des Schulprojekts Ihmelstraße durchgesetzt. Dies gilt es weiter zu begleiten und zu unterstützen. Darüber setzen wir uns dafür ein, dass auch in die Qualität und Ausstattung der vorhandenen Schulen investiert wird.

Jan-Paul Helbig (Piraten):

In ganz Leipzig fehlen derzeit Schulen. Der Stadtrat hat hier ein Konzept zur Schließung dieser Lücke beschlossen. Nachbarschaftsschulen wie beispielsweise die Ernst-Pinkert-Schule sind zu stärken.

Jürgen Kasek und Marcel Pruß (Bündnis90/Die Grünen):

Bei dem von uns Grünen sehr unterstützten und noch vier Jahre dauernden Um-/Bau des Campus Ihmelstraße werden wir konstruktiv mitwirken, dass dieser wie geplant (Bauabschnitt 1 und! 2) umgesetzt wird.

Soziales Wir stellten folgende Fragen:

Wie positionieren Sie sich zum Milieuschutz in Anger-Crottendorf?

Momentan werden Alternativen zu Hartz IV diskutiert. Welche Position vertreten Sie dabei unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen?

Lucas Allenborn (CDU):

Eine Diskussion über eine Milieu-Schutz-Satzung sehe ich dann für gegeben, wenn in einem Ortsteil die Mietsteigerung innerhalb einer Legislatur durchschnittlich über 20 % erfolgt ist. Da ich Kandidat für den Stadtrat bin habe ich keinerlei Einfluss auf diese Frage [Hartz IV].

Beate Ehms (DIE LINKE):

Milieuschutzsatzungen sind ein gutes Mittel, um regulierend darauf hinzuwirken, dass Bewohner*innen nicht umziehen müssen, weil der Kiez zu teuer wird. Hartz IV gehört abgeschafft. DIE LINKE fordert eine bessere Erwerbslosenversicherung und eine bedarfsgerechte individuelle Mindestsicherung. Diese darf aber nicht zu Lasten der klammen Kassen der Kommunen gehen.

Antje Feichtinger und Thomas Pohl (SPD):

Luxussanierungen müssen verhindert werden und familienfreundliche Wohnungsschnitte erhalten bleiben. Deshalb werden wir die Einführung der Milieuschutzsatzungen in den betroffenen Stadtteilen forcieren.

Wir wollen einen Sozialstaat, der ein würdevolles Leben garantiert und Teilhabe fördert. Deshalb müssen die Kommunen finanziell gestärkt werden, um ihrer Verantwortung für die Bürger nachkommen zu können.

Jan-Paul Helbig (Piraten):

Milieuschutzsatzungen können hilfreiche Mittel sein, müssen es aber nicht.

Dieses Thema [Hartz IV] kann nur auf Bundesebene behandelt werden. Je nachdem, welche Konzepte zur Verbesserung bzw. Beendigung dort beschlossen werden, wird sicher die Stadt über ihre Interessenvertretung beim Städtetag entsprechende Veränderungen der Kommunalfinanzen bewirken. Leider hat der Stadtrat hier keine Möglichkeit, selber tätig zu werden.

Jürgen Kasek und Marcel Pruß (Bündnis90/Die Grünen):

Den Milieuschutz unterstützen wir. Soziale Erhaltungssatzungen sind ein wirksames Mittel um Immobilienspekulationen und die damit einhergehenden negativen Auswirkungen für Mieter*innen entgegenzuwirken.

Leipzigs Wirtschaft muss sich vom Niedriglohnsektor in der Logistik unabhängig machen und mehr Unternehmen mit qualifizierten und gut bezahlten Arbeitsplätzen gewinnen. Nur dann können Menschen von Arbeit leben und die Stadt entlasten.